

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Alle Postbestellungen, Verträge und Geschäftsbesprechungen werden nach Möglichkeit ausnahmslos persönlich durch den Verleger beantwortet. — Abbestellung nach vorheriger schriftlicher Anzeigung. — Einmalige Anzeigen sind nach Vereinbarung zu übernehmen. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich.

Verleger: Dr. Fritz Schmidt, Wilsdruff. Druck: Wilsdruffer Druckerei. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Am 6. Januar 1932, den 13. Januar 1932

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 10 — 91. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postkod: Dresden 2640 — Mittwoch, den 13. Januar 1932

Deutschland kann nicht zahlen.

Eigentlich sollte man in dem heute noch etwas aufgeregten Frankreich nicht ganz unzufrieden damit sein, daß die deutsche Vertretung mit einer klaren und unzweideutigen Haltung auf die Reparationskonferenz kommen wird! Nicht gerade selten konnte die Welt französische Klagen darüber hören, daß auf solchen Konferenzen niemand wisse, was die Deutschen eigentlich wollen, daß ihre Vertretungen ungenügende Vollmachten hätten, doppelzüngig und ganz unzuverlässig wären. Davon kann nun doch wirklich nicht mehr die Rede sein. Es ist gar nicht daran zu denken, daß Dr. Brüning nun etwa eine „einseitige Kündigung des Versailles Vertrages“, wie man in Paris schrieb und schrieb, oder nur des Young-Plans mit einer mehr oder weniger betriebschen Gesche vollzogen hat. Sondern er hat nur festgestellt was ist und sein wird, — was auch nach dem Urteil der Welt ist und sein wird und dem auch Frankreich teilweise zugestimmt hat: Deutschland kann nicht zahlen, was man von ihm als Tribute verlangt, und wird nicht zahlen können. Daraus die Folgerungen zu ziehen, wird Sache der Konferenz sein, also eine endgültige Lösung der deutschen Tributfrage zu finden, die nach Auffassung der deutschen Regierung eben nur in einer Streichung dieser Tribute bestehen könne. Komplizierte Kompromißlösungen auszuarbeiten — Frankreich ist eifrig damit beschäftigt, derartiges zu tun; die amerikanischen Gläubiger sollen durch deutsche Eisenbahnbonds befriedigt werden, mit denen wir den bedingungslosen Teil der Tribute weiterbezahlen sollen, — ein Vorbegehen an der Wirklichkeit usw. führt zu nichts. Das fände auf einem Papier, das zu unterschreiben sich nicht die Mühe des Federhalterzuckens lohnen würde.

Die berühmte Reuters-Depesche mit ihrer verzerrend-zugespihten Mitteilung über den angeblichen Inhalt einer Unterredung Brünings mit dem englischen Vorkonferenzen ist später dementiert worden, erregte aber in Frankreich bekanntlich beständige Erregung, weil ja darin die „Geste“ eines sofortigen deutschen Antrages auf Streichung der Reparationen enthalten war. Es ist der Ton, der die „Muff macht“, sagt ja gerade der Franzose, und las, wie der Finanzminister Frandin, allerdings unter Vorbehalt, eine deutsche „Zahlungsverweigerung“ heraus und deutete im Hinblick auf die Verhandlungen über die Reichspräsidenten-Neuwahl auch allerhand innenpolitische Rücksichten hinein. Daß dies alles Irrtümer sind, hat man wenigstens in amtlichen Pariser Kreisen schon sehr bald erkannt und dadurch zu vermeiden gegeben, daß das Erscheinen auf der Lausanne Konferenz zugesagt wird. Denn die wirkliche deutsche Stellungnahme ist der französischen Regierung durch ihren Berliner Vorkonferenzen mitgeteilt worden, der nach Empfang entsprechender Mitteilungen durch den Reichskanzler sofort nach Paris abgereist war. An der deutschen Regierung liegt die „Schuld“ dafür also nicht, wenn die Öffentlichkeit erst falsch, dann richtig schon 14 Tage vor Beginn der Konferenz unterrichtet worden ist bzw. unterrichtet werden mußte. Da auch der deutsche Vorkonferenzen seine Rückkehr nach Paris zu einem sofortigen Besuch beim Ministerpräsidenten Laval benützte und ihn vermutlich auch noch ausgiebig über diese Affäre aufklärte, — die übrigens nicht gerade sehr „ehrenvoll“ für gewisse Herren Diplomaten ist — so wird man in Frankreich hoffentlich zu einer ruhigeren, vor allem aber sachlicheren Beurteilung, was wirklich ist, noch rechtzeitig vor der Konferenz gelangen können.

Denn eine entsprechende Atmosphäre muß auf dieser Konferenz vorhanden sein und bewahrt werden, — dürfen wir uns doch über die Schwere der dort bevorstehenden Verhandlungen keinerlei Täuschungen hingeben. Zu viele Konferenzen haben wir im letzten Jahre erlebt, die trotz des rasend schnellen Anwachsens der Weltkrise ergebnislos verlaufen oder nur sehr magere Resultate erbrachten. Seit der letzten Zusammenkunft dieser Art — in London — sind die Dinge allerdings nun derart vorwärtsgetrieben worden, daß die Baseler Konferenz die Wirklichkeit nicht mehr verhehlen konnte. Man weiß, daß die Berichte einzelner ihrer Teilnehmer den Schleier ganz herunterzureißen versuchten. Dabei fiel ihnen Frankreich noch einmal in die Hände. Aber gesagt wurde doch, daß ohne Regelung der Tribute, die das deutsche Wirtschaftssystem zerstört haben, die Beseitigung des Weltwirtschaftsproblems nicht mehr aufzuhalten ist.

Der englische Kriegsminister zur Abrüstungsfrage.

London, 13. Januar. Der Kriegsminister Lord Hallham äußerte sich bei einem Essen im Mansion-House über die Abrüstungsfrage. Er erklärte dabei, daß die englische Flottenstärke ihre untere Grenze erreicht habe. Die Luftmacht sei nur noch ein Bruchteil dessen, was sie früher war, und sei von der ersten auf die vierte Stelle gerückt. Die englische Armee reiche kaum aus, um die Ueberseeregimenten voll zu besetzen. Es sei nicht einmal mehr ein Expeditionskorps für Ueberseespeditionen vorhanden. Lord Hallham betonte in diesem Zusammenhang, daß er als engl. Vertreter an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde.

Die Absage Hitlers und Hugenberg's

Warum sie ablehnten.

Hugenberg's und Hitler's Antwort.
Der Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Brüning, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag vorzunehmen zu lassen hatte zu einer Unterredung zwischen dem deutschnationalen Führer Dr. Hugenberg und dem Führer der Nationalsozialisten Hitler geführt, in der die Parteien zu der gemeinsamen Überzeugung kamen, daß die vorgeschlagene Maßnahme aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen sei. Entsprechende Erklärungen sind jetzt dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler übermittelt worden.

Hugenberg's Antwort an Brüning.
Das Schreiben des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg an Reichskanzler Brüning lautet wie folgt: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Sie legten mir die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlag der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des

Einverständnis des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind das die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalte dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgeführt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität“ der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen,

hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauens- und Gebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gefährdet würde, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben. Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlussfassung des Parlamentes. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt um so weniger Ansatz vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen

der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauens- und Gebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten, als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorgehens für uns nicht in Frage kommen kann.“

Zu dem Brief des deutschnationalen Parteiführers Dr. Hugenberg an den Reichskanzler wird amtlich noch nicht Stellung genommen. In Kreisen der Reichsregierung wird jedoch die Behauptung, daß die Aktion des Reichskanzlers im Einverständnis mit dem Zentrum und der SPD. getätigt worden sei, als falsch bezeichnet. Für diese Behauptung sei auch kein Beweis erbracht. Bekanntlich sei zuerst mit der NSDAP. und darauf erst mit der SPD. verhandelt worden. Die weitere Behauptung, daß hinter der Brüning-Regierung keine Mehrheit des Volkes stehe, sei gleichfalls nicht richtig; erst heute habe der Ältestenrat des Reichstages die Einberufung des Reichstages abgelehnt, woraus hervorgehe, daß die Reichsregierung über die Mehrheit im Ältestenrat und demgemäß auch im Reichstag verfüge. Weiter wird auch die Feststellung Hugenberg's als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Angelegenheit der Präsidentenwahl in die Öffentlichkeit gezogen habe.

Hitler an Reichskanzler Brüning.

Der Führer der Nationalsozialisten aus Berlin abgereist. Hitler hat nach seinem Brief an den Reichspräsidenten folgenden Brief an den Reichskanzler Brüning gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!
Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidenschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener hat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP. bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.

Die verfassungsrechtlichen außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zu stellen. Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener Adolf Hitler.“

Dieser Brief wurde in der Reichskanzlei dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning durch Hauptmann a. D. Goering überreicht.

Adolf Hitler hat Berlin verlassen und ist nach München abgereist.

Besprechungen Goerings mit Staatssekretär Reichner.

Im Laufe des Montag und Dienstag haben wiederholt Besprechungen zwischen Staatssekretär Reichner und Hauptmann Goering stattgefunden, die den Zweck hatten, durch unmittelbare Verbindung eine Klärung der Lage herbeizuführen.

Brüning berichtet.

Die amtliche Mitteilung.
Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer parlamentarischen Wiederwahl des Reichspräsidenten erstattet. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning am Sonntag den Herrn Reichskanzler berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über seine Fühlungsnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrags hat der Herr Reichspräsident den Herrn Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

Hitler hat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlag Brüning's nicht dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten persönlich in einem Schreiben übermittelt. Das Schreiben, das lediglich zur persönlichen Unterrichtung des Reichspräsidenten dient, soll nicht veröffentlicht werden.

Die Volkswahl des Reichspräsidenten.

In Kreisen der Reichsregierung sieht man auf dem Standpunkt, daß das Ziel der Aktion des Reichskanzlers gewesen sei, auf dem möglichst kürzesten, auch volkswirtschaftlich einfachsten Wege eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg entsprechend dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes herbeizuführen. Wenn dieser einfache und billigste Weg nicht gangbar sei, das Ziel als solches jedoch abgelehnt werde, so fände einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auch heute nichts im Wege.

Die nächsten Bemühungen der Reichsregierung werden jetzt der Sondierung der Parteien hinsichtlich der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk gelten. Die Verhandlungen zwischen einer Reihe parlamentarischer Gruppen sind bereits in vollem Gange. Sie dienen der Absicht, die Wiederaufstellung Hindenburgs als Gemeinschaftsstandidat einer Einheitsfront sicherzustellen.

Ein „Hindenburg-Ausschuß“ für die Volkswahl.

Nachdem die Bemühungen Brüning's um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten endgültig gescheitert sind, wird es sich nun darum handeln, eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl vorzubereiten.

An den zuständigen Stellen sieht man auf dem Standpunkt, daß nunmehr alle weiteren Maßnahmen aus dem Volke selbst kommen müssen. Man hält hierfür die Bildung eines Ausschusses für zweckmäßig, wie er bereits seinerzeit bei der ersten Wahl Hindenburgs gebildet wurde.

Welche Persönlichkeiten für die Bildung eines solchen Ausschusses in Frage kommen und wer die Führung